

Halbherzige Entschädigung? Nein, Betrug!

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben sich auf eine Initiative für ein drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geeinigt, und nun will die große Koalition eine monatliche Pension von 250 Euro für die Opfer des SED-Regimes einführen, so wird es in alle Nachrichtenkanäle gepusht. Man klopfte sich nach 16 Jahren, in denen die meisten Opfer der älteren Generation, die als Jugendliche die Lasten der kommunistischen Terrorjustiz am brutalsten zu ertragen hatten, großkotzig auf die Schulter: „Es ist ein großer Erfolg von CDU und CSU“, heißt es in einer Mitteilung aus der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, „dass in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner SPD die Schaffung einer Opferpension verhandelt werden konnte. Das ist eine gute Nachricht für alle diejenigen, die als politische Häftlinge in der SED-Diktatur Gewahrsam erdulden mussten. Durch die Opferpension wird ein großer und wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung unserer jüngsten Geschichte im geteilten Deutschland geleistet. Dies ist gerade in einer Zeit wichtig, in der wir feststellen müssen, dass die Täter und Mitglieder der alten Nomenklatura immer unverfrorener in die Öffentlichkeit treten und sich geschichtsklitternd betätigen.“

Das klingt gut, nicht wahr? Doch am Ende kommt die armselige Wahrheit zu Tage: Die 250 € Opferpension wird nicht „den“ Opfern des SED-Regimes zugestanden, sondern lediglich einer kleinen Minderheit von „wirtschaftlich Bedürftigen“.

Wer also in den Genuss dieser „großzügigen“ Rente kommen will, darf nur ein Einkommen bis zu 1.035 € haben, Ehepaare bis zu 1.380 €. Das bedeutet zum Beispiel: Ein Mann saß 6 Jahre wegen „staatsfeindlicher Hetze“ im Zuchthaus, seine berufliche Karriere wurde ebenso zerstört wie seine Gesundheit, er bekommt nun an seinem Lebensabend satte 520 € Rente, seine Frau hat zum Glück Arbeit und verdient noch bei ALDI mit Überstunden 870 € dazu. Pech gehabt! Der Kollege, der ihn verpiffen, der Staatsanwalt, der ihn angeklagt, der Richter der ihn verurteilt hat, sie bekommen wie jeder ehemalige SED-Kreissekretär oder Offizier im besonderen Einsatz das Dreifache an Pensionsgeldern. Was nützt es den ehemaligen Widerständigen, dass sie zwar rehabilitiert wurden, aber die Täter des Unrechtsstaates weder bestraft, noch zu einer Wiedergutmachungsleistung verpflichtet worden sind?

Wer nun den Phantom-Opfern dieses armselige Trostpflaster als „Anerkennung und Würdigung des Widerstandes der ehemaligen politischen Häftlinge“ verkauft, muss als Schaumschläger, ja als Betrüger entlarvt werden.

Wenn der Pressesprecher der größten Häftlingsorganisation, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), die Einigung der regierenden Parteien auf solche Bedürftigkeitsprämissen, also diese Komödie gut betuchter Abgeordneter, als einen „großen Tag für alle Regimegegner“ bezeichnet, weil der jahrelange Kampf für die Opferrente endlich zu einem greifbaren politischen Erfolg geführt habe, dann muss man sich fragen, welche Interessen dieser Verein eigentlich vertritt, die der Machthaber oder die der Betroffenen?

Ulrich Schacht, selber ein wichtiger Oppositioneller, der in der DDR-Diktatur „Zersetzungsarbeit“ betrieben und „eine große Anzahl von feindlichen Schriften“ verfasst hatte, wie es in seinen Gerichtsakten steht, und der wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden war, schrieb in einer Kolumne: „Die deutsche Politik-Mentalität konnte mit politischen Widerstandskämpfern noch nie viel anfangen. Die von ihr begründeten politischen Strukturen vertrauen in der Regel den Angepassten, Unauffälligen, den Funktionierenden, und der Aufstieg der 68er ist hier gerade keine Gegenbeispiel, sondern, sozialphänomenologisch gesehen, Konsequenz eines gesamtgesellschaftlichen Opportunismus-Exzesses, der sich an der Figur Fischer idealtypisch zeigt: Die Wohlstandsprotestler riskierten nichts und gewannen alles. Ihre Fähigkeit, sich den Staat zur Beute zu machen, teilen sie mit den von ihnen so lange verachteten Funktionären der etablierten Parteien. Inzwischen genießt man gemeinsam und bescheinigt sich gegenseitig ‚demokratische Reife‘. Glaubwürdige Widerstandskämpfer dagegen, man denke nur an den Umgang mit der militärischen Opposition gegen Hitler, sind bis heute Zielscheiben ideologisch getränkter Hassanalysen. Mal kommen sie von rechts, mal von links, mal aus der pseudoliberalen Mitte - aber immer aus tiefstem Neid auf die moralische Stärke desjenigen, in dem sich nichts als die eigene Schwäche spiegelt. Vor solchem geschichtlichen Hintergrund waren und sind deutsche Walesas oder Haveln geradezu undenkbar.“

Was verlangen die Betroffenen eigentlich? Nichts, was der unbeteiligte Normalbürger dem ehemaligen politischen Häftling neidvoll missgönnen könnte. Sie verlangen lediglich eine nachhaltige Milderung ihrer Folgeschäden. Ist das zuviel verlangt in diesem Staat, der sich ansonsten weltweit als der spendenfreudigste zeigt? Und wie haben sich die 68er für jeden in aller Welt verhafteten Kommunisten stark gemacht, nach Kuba zog es einst die Revolutions-Fanatiker, und dann sind einige sogar, die hier den Wehrdienst verweigerten, auf Seiten der Sandinisten bewaffnet in den Kampf gezogen, doch für ihre eingekerkerten Landsleute in der DDR interessierten sich die progressiven Intellektuellen einen feuchten Kehricht, lediglich die Junge Freiheit, die Springer-Presse oder Gerhard Löwenthal, die dafür hart bekämpft, verleumdet und bedroht wurden.

Das Bundesjustizministerium, das federführend für die Gesetzesinitiative ist, hat sich schon in der Kohl-Ära unter Justizminister Kinkel blamiert, als den rehabilitierten Häftlingen nicht einmal die Hälfte der gesetzlich festgeschriebenen

„Kapitalentschädigung“, das waren 30 DM pro unschuldig abgesessenen Haftmonat, eingeräumt wurde. Der ebenfalls den Unschuldigen zustehende Berufsausfall wurde nicht einmal erwähnt. Vertreter der Häftlingsverbände brachten den Vorschlag ein, die Rehabilitierten kostenlos auf der damals noch staatlichen Bundesbahn fahren zu lassen, so lange wie sie „gesessen“ haben, was dem Steuerzahler faktisch nichts gekostet hätte, aber nicht einmal zu einer solchen Geste war die hartherzige Politikerkaste bereit.

Wenn es den Opfern des SED-Regimes insgesamt nicht so dreckig gehen würde in diesem unserem Land der ständig steigenden Lebens- und Überlebenskosten, dann würden sie ihrer Würde wegen gern auf diese Almosen verzichten, aber das können leider nur Maulhelden, die selbstverständlich gut verdienen, etwas Glück hatten, dafür aber keine Kinder.

Echte Widerständler gegen das Unrechtsregime wussten, dass es nichts einbringt, nur Recht gehabt zu haben. „Die Genugtuung des Widerstandes“, so der Bloch-Schüler Günter Zehm, der selber vier Jahre wegen „Boykotthetze“ im Zuchthaus saß, „liegt in ihm selbst, nicht in einem späteren eventuellen Lohn, was freilich nichts mit heroischem Pessimismus *à la* Camus zu tun hat, mit Revolte um der Revolte willen.“

Keinen Lohn fordern die Widerständler und Opfer des Kommunismus, sondern Gerechtigkeit. Was ist das schon? Aber die Herrschenden wissen genau, was hier als Vergleichsmaßstab dienen könnte. Die Opfer der 2. Diktatur in Deutschland wollen wenigstens Opfer 2. Klasse und nicht 3. Klasse sein. Ist das zuviel verlangt?